



Winterklausur 2021: „Wirtschaftliche Chancen durch Klimaschutz“

Florian von Brunn, umweltpolitischer Sprecher

Annette Karl, wirtschaftspolitische Sprecherin

Antrag zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Sozial ökologische Modernisierung“

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Der Bayerische Landtag richtet eine Enquete-Kommission zur sozial-ökologischen Modernisierung in Bayern ein, die sich mit den unten aufgeführten Themenbereichen und Fragen beschäftigt und dem Landtag entsprechend berichten wird.
- II. Definition: Unter sozial-ökologischer Modernisierung wird die Veränderung von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundfunktionen zur Lösung der Klima- und Nachhaltigkeitsprobleme verstanden. Dabei werden soziale, ökologische und ökonomische Aspekte gemeinsam betrachtet und berücksichtigt.
- III. Angesichts der Herausforderungen der globalen Klimakrise und in der Verantwortung für die Gemeinschaft sowie für zukünftige Generationen müssen die notwendigen Schritte für eine nachhaltige Modernisierung Bayerns eingeleitet werden. Dieser notwendige und grundlegende Reformprozess wird Einfluss haben auf unsere Wirtschaftsstrukturen und Lebensweisen. Diese soziale-ökologische Modernisierung muss zu Klimaneutralität, zu mehr Nachhaltigkeit insgesamt und damit zu Zukunftsfähigkeit führen. Klimaschutz kann nicht losgelöst von wirtschaftlichen und sozialen Fragen gedacht werden. Auch soziale Gerechtigkeit sowie der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen müssen dabei berücksichtigt werden.

Klimaschutz ist notwendig und überlebenswichtig. Gelingt es in den kommenden Jahren nicht, den durch menschengemachten Treibhausgasausstoß verursachten Anstieg der Globaltemperatur auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken, sind durch die Folgen der klimatischen Veränderungen unsere Lebensgrundlagen ernsthaft bedroht. Unser Freistaat wäre aufgrund seiner geografischen Besonderheiten ganz besonders betroffen von Hitzewellen, Dürreperioden und Starkregenereignissen. Bayern hat als herausgehobener Industriestandort in einem reichen Industrieland auch eine besondere Verantwortung. Die Politik hat die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln so zu setzen, dass natürliche Lebensgrundlagen nicht über ihre Regenerationsfähigkeit hinaus beansprucht werden. Schädliche Auswirkungen, besonders auf das Klima, müssen verhindert werden,

ohne die wirtschaftlichen Existenzgrundlagen unserer Gesellschaft zu zerstören und unseren Wohlstand zu gefährden.

Bayern steht vor der großen Herausforderung, seine Wirtschafts- und Strukturpolitik grundlegend zu transformieren. Diese Entwicklung wurde durch die Corona-Pandemie noch beschleunigt und verstärkt. Es gilt jetzt, die Zukunftsfähigkeit der bayerischen Unternehmen und der bayerischen Arbeitsplätze, unter Beachtung des Ziels der Vollbeschäftigung und guter Arbeit zu sichern, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit weiter zu stärken und dabei neue und nachhaltige Ideen, Konzepte, Produkte und Branchen zu fördern.

Als Folge eines politisch nicht gestalteten Strukturwandels droht gesellschaftliche Verunsicherung, Spaltung und Entsolidarisierung. Deswegen hat das Bemühen um soziale Nachhaltigkeit hohe Bedeutung. Das schließt eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, soziale Sicherheit, Chancengleichheit und die Schaffung von guten Beschäftigungs- und Lebensperspektiven ein. Staat und Politik haben dafür zu sorgen, dass Transformation und Strukturwandel sozial gerecht gestaltet werden. Die Finanzierung der sozial-ökologischen Wende darf nicht zulasten derjenigen gehen, die es sich am wenigsten leisten können.

Der Investitionsbedarf ist erheblich. Die bayerische Landespolitik muss jetzt eine Strategie für den Ablauf der sozial-ökologischen Modernisierung im Freistaat entwerfen und dafür die nötigen Mittel einplanen. Dabei darf insbesondere auch der ländliche Raum nicht vergessen werden.

- IV. Der Landtag erkennt an, dass die Daten- und Argumentationsgrundlage, auf die sich die Enquete-Kommission beziehen kann, breit ist: Zum Thema gibt es bereits Erhebungen, Studien und Stellungnahmen von verschiedenen Verbänden, Institutionen und Gruppierungen, jeweils mit einem etwas anderen Fokus: von Umwelt- und Naturschutzverbänden (hier sei exemplarisch der BUND Naturschutz in Bayern genannt), von Wirtschaftsverbänden (exemplarisch: vbw-Zukunftsrat), bis hin zu sozialen und Wohlfahrtsverbänden (exemplarisch: Paritätischer Wohlfahrtsverband, kirchliche Gruppierungen, Mieterbund und Gewerkschaften; Petition „Bayernplan für eine sozial-ökologische Transformation“ etc.).
- V. Der Landtag erkennt an, dass der Dialogprozess zu einer sozial-ökologischen Transformation in Bayern bereits auf vielen Ebenen stattfindet. Mit einer Enquete-Kommission soll sich nun auch der Landtag mit den Herausforderungen umfassend und wissenschaftlich fundiert auseinandersetzen. Die Enquete-Kommission wird dazu neben einem Überblick über die Faktengrundlage und einer Zusammenfassung des aktuellen Diskussionsstands die nötigen politischen Handlungsschwerpunkte auf Landesebene aufzeigen und Maßnahmen für die kommenden Jahre entwickeln. Dabei sollen auch die relevanten Institutionen, Gruppierungen (vgl. Punkt III.) und auch Vertreter:innen der Zivilgesellschaft eng eingebunden werden. Die Sitzungen finden öffentlich statt. Die Enquete-Kommission soll dem Landtag über die Untersuchungsergebnisse nach Ablauf von (...) Monaten erstmals berichten.

VI. Die Enquete-Kommission soll sich schwerpunktmäßig an folgenden Themen und Leitfragen orientieren:

A) Bestandsaufnahme:

1. Wie hat sich der Treibhausgasausstoß in den Sektoren Verkehr, Energie, Gebäude, Industrie und Landwirtschaft seit dem Jahr 1990 in Bayern entwickelt?
2. Wie hat sich der Arbeitsmarkt in diesen Sektoren entwickelt?
3. In welchen Sektoren vollzogen und vollziehen sich seit 1990 welcher Strukturwandel und welche Transformationen?
4. Welche sozialen Folgen hat dieser Wandel gezeigt?
5. Welche Entwicklungen und Unterschiede haben sich mit Blick auf das Verfassungsziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Stadt und ländlichem Raum in Bezug auf Klimaerhitzung und Strukturwandel ergeben?

B) Stand der Diskussion:

1. Welche Konzepte für eine sozial-ökologische Transformation und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung gibt es?
2. Inwieweit sind diese Konzepte für die politische Gestaltungsmacht der bayerischen Landespolitik interessant und anwendbar?
3. Welche Gemeinsamkeiten und welche unterschiedlichen Ansätze weisen die Konzepte auf?
4. Welche Institutionen sind in Bayern „Verbündete“ bei dem Ziel der sozial-ökologischen Modernisierung?
5. Wo besteht noch Nachholbedarf im Bezug auf Konzepte und Strategien?

C) Mobilität und Mobilitätswende:

1. Wie muss die klimagerechte Mobilität der Zukunft aussehen?
2. Welche verschiedenen Akteure sind bei Bereitstellung und Organisation der Mobilität maßgeblich?
3. Wie kann der Freistaat die Mobilitätswende gezielt fördern und vorantreiben?
4. Welche strukturellen Änderungen sind hierzu ggf. notwendig?
5. Wie kann die Mobilitätswende sozial gestaltet werden, dass das Grundbedürfnis nach und Recht auf Mobilität für alle Menschen in Bayern erfüllt werden kann, ohne dass die finanzielle Situation der Einzelnen über den Grad der Mobilität bestimmt?
6. Welche öffentlichen Finanzmittel sind für eine klimagerechte Mobilitätswende notwendig?

D) Energieversorgung und Energiewende:

1. Welchen Beitrag muss Bayern leisten, um das bundesweite Ziel, bis 2030 65% des Bruttostromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien decken zu können, erreichen zu können? Welche landespolitischen Maßnahmen sind hierfür erforderlich?

2. Ist dieses Ziel für den Freistaat Bayern ausreichend oder muss die Energiewende schneller vollzogen werden?
3. Wie können im Umstellungsprozess die Ziele Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit (Privathaushalte und Industrie) erreicht werden?
4. Welche Potenziale bietet die Erneuerbare Energiewirtschaft für Arbeit und Beschäftigung in Bayern?
5. Welche politischen und regulatorischen Prioritäten ergeben sich daraus für Bayern?

E) Gebäude:

1. Welche Möglichkeiten gibt es im Gebäudesektor für einen klimagerechten Umbau (unter anderem Wärmedämmung, Photovoltaikanlagen, Fernwärmeanschluss, Wärmepumpen...)? Welche Effekte versprechen diese Maßnahmen jeweils?
2. Welche Unterstützung kann die Staatsregierung Eigentümer*innen der Gebäude bei der Modernisierung bieten?
3. Wie kann sichergestellt werden, dass Modernisierungskosten nicht über ein Maß auf Mieter*innen abgewälzt werden, in dem sie durch Einsparungen wieder profitieren?
4. Welche Maßnahmen und Programme sind zur klimagerechten Modernisierung öffentlicher Gebäude erforderlich? Welche Zielsetzungen braucht es hierbei?
5. Welche öffentlichen Finanzmittel sind für diese Schritte notwendig?

F) Industrie:

1. Wie unterscheiden sich die einzelnen Industriesektoren in Bayern mit Blick die Treibhausgasintensität und welche Reduktionsleistungen sind in den einzelnen Sektoren in den kommenden Jahren erforderlich, um die Klimaziele zu erreichen?
2. Welche Maßnahmen zur CO₂-Reduktion stehen den Unternehmen Stand heute zur Verfügung (Einsatz von erneuerbaren Energien, Effizienzsteigerungen, veränderte Produktionsverfahren etc.) und welche Vergleichs- und Kontrollmechanismen gibt es bereits?
3. Welche Chancen und Risiken bestehen im Zuge des Modernisierungsprozesses mit Blick auf die globale Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Industrie sowie die Arbeitsplatzentwicklung in Bayern? Wie lassen sich in diesem Zusammenhang vorhandene Potenziale optimal ausschöpfen und mögliche Risiken minimieren?
4. Welche weiteren politischen und ordnungspolitischen Maßnahmen sind mit Blick auf das Erreichen der Klimaziele erforderlich (Verknappung der CO₂-Zertifikate, Besteuerung des industriellen CO₂-Ausstoßes) und welche Prioritäten ergeben sich für die politischen Handlungsebenen (Bund, Land, Kommunen)?

G) Kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Dienstleistungen:

1. Wie groß ist der Anteil des Treibhausgasausstoßes dieser Branchen im Verhältnis zur Industrie?
2. Wie lassen sich Anreizsysteme zur nachhaltigen Transformation in diesem Bereich schaffen?
3. Wie müssen die politischen Leitplanken und Förderrichtlinien zur Erreichung der angestrebten Nachhaltigkeitsziele geändert werden?

H) Land- und Forstwirtschaft:

1. Wie stellt sich der Treibhausgasausstoß in den einzelnen Sektoren der Landwirtschaft dar? Welche Sektoren der Landwirtschaft haben das größte Potenzial, den Treibhausgasausstoß zu verringern?
2. Wie entwickelte sich die landwirtschaftliche Nutzung von Moorstandorten im Hinblick auf die Treibhausgasemissionen in den vergangenen 20 Jahren und wie kann eine klimaverträgliche Landwirtschaft auf Moorstandorten dazu beitragen, den Treibhausgasausstoß zu verringern? Welche Maßnahmen werden für eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Nutzung von Moorstandorten aktuell angeboten bzw. wären notwendig, um das Potenzial der Treibhausgasemission auszuschöpfen?
3. Wie kann vor allem die kleinteilige, mittelständische Landwirtschaft durch die Reduktion von Treibhausgasemissionen unterstützt bzw. durch die Schaffung neuer Nischen (Klimalandwirt) sogar Profiteur werden?
4. Welche Konsequenzen ergeben sich aus der notwendigen Treibhausgasreduktion für die heimische Tierhaltung?
5. Welchen Beitrag können die bayerischen Wälder leisten, um den Treibhausgasausstoß nachhaltig zu reduzieren? Welches Potenzial zur Reduktion von Treibhausgasen bieten künstlich entwässerte Waldflächen im Zuge der Renaturierung und standortgerechten Bewirtschaftung? Welche Maßnahmen sind notwendig, um den Holzsektor als dauerhaften CO₂ Speicher durch die Kaskadennutzung zu unterstützen? Wie stellt sich die Holzlücke in Bayern aktuell dar und wie kann diese auch durch die Kaskadennutzung verringert werden? Wie stellt sich die aktuelle Situation des Waldumbaus im Hinblick auf die Herausforderungen des Klimawandels dar? Wie kann die Funktionsfähigkeit der Schutzwälder im Alpenraum erhalten und gegebenenfalls verbessert werden?

I) Klimafreundlicher und nachhaltiger Tourismus:

1. Welche Bedeutung hat der Tourismus für Bayerns Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt?
2. Wie kann der Tourismus in Bayern nachhaltiger und klimafreundlicher werden?
3. Was bedeutet die Klimaerhitzung für Bayern als Tourismusland (etwa durch die Veränderungen von regionalen klimatischen Bedingungen) und welche politischen Konsequenzen müssen daraus gezogen werden?
4. Wie kann der Beitrag zur Wirtschaftsleistung und die Sicherung der Arbeitsplätze durch den Tourismussektor in Bayern garantiert werden?
5. Welche Anreize, Hilfen und Vorgaben müssen von staatlicher Seite erfolgen, um den Tourismussektor zukunftsfähig zu machen?

J) Wissenschaft, Forschung und Bildung:

1. Mit welchen Schwerpunkten und in welchem Ausmaß leisten die bayerischen Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen bereits Beiträge zur Transformation? Inwieweit besteht eine Kooperation der verschiedenen Forschungsprojekte bzw. eine zielgerichtete Bündelung?

2. Welche Bedeutung kommt der Wissenschaft bei der Entwicklung, Bewertung und der öffentlichen Diskussion politischer Strategien und Handlungsoptionen als Basis politischer Entscheidungsprozesse zu? Sollen diese Anforderungen in Forschungsprogrammen stärker reflektiert sein?
3. Welche Bedeutung könnte der Einrichtung eines neuen Forschungsfeldes „Transformationsforschung“ zukommen, das Transformationsprozesse und die gesellschaftlichen Voraussetzungen im Rahmen globaler Leitplanken untersucht?
4. Mit welchen Maßnahmen können Wissenschaft und Forschung dabei unterstützt werden, die Herausforderungen einer Transformation zur klimaverträglichen, nachhaltigen Gesellschaft noch stärker in den Fokus der wissenschaftlichen Arbeit zu nehmen?
5. Mit welchen neuen Curricula, Studiengängen und -modulen kann das Studienangebot im Bereich der Transformation erweitert und an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden?
6. Wie kann mit Anreizsystemen die Verstärkung von inter- und transdisziplinärer Forschung an den Hochschulen unterstützt werden?
7. Wie wird die Bedeutung verstärkter internationaler transformationsrelevanter Forschungsallianzen mit Schwellenländern eingeschätzt, die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit auf klimaverträgliche Problemlösungen ausgerichtete Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungskapazitäten in weniger entwickelten Ländern verstärkt fördern könnten?
8. Wie kann die Diskussion zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft strukturiert und verbindlich gestaltet werden, um eine diskursive und konstruktive Auseinandersetzung um die besten Wege zur Nachhaltigkeit zu gewährleisten?
9. Wie können wissenschaftliche Erkenntnisse zur Transformation für eine gesellschaftliche Legitimierung und Akzeptanz der Bedeutung des Themas verständlich und zugänglich gemacht werden? Was kann Wissenschaft dazu beitragen, in der Bevölkerung ein Grundverständnis komplexer Systeme zum Verständnis globaler Umweltprobleme sowie von Transformationsprozessen in Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländern zu schaffen?
10. Mit welchen Maßnahmen kann Bildung die Menschen in die Lage versetzen, Problembewusstsein zu entwickeln und verantwortlich zu handeln? (In allen Bereichen und für alle Lebensalter, von der Kita über die Schule, Berufsausbildung, der Hochschul-Ausbildung bis zum berufsbegleitenden lebenslangen Lernen.)

K. Nachhaltigkeit, Treibhausgasneutralität und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

1. Inwieweit sind verschiedene Regionen in Bayern von der sozial-ökologischen Modernisierung unterschiedlich betroffen?
2. Welche Regionen in Bayern sind strukturell und wirtschaftlich vergleichsweise schwach? Wie wirken sich Strukturwandel und Modernisierung in diesen Regionen aus?
3. Welche unterschiedlichen strukturellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten und Betroffenheiten gibt es zwischen städtischen und eher ländlich geprägten Gebieten?
4. Inwieweit kann im Zuge der sozial-ökologischen Modernisierung weiter auf die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land hingearbeitet werden?

L. Kosten und Wettbewerbsfähigkeit:

1. Wie ist das Verhältnis von zunächst entstehenden Transformationskosten und daraus langfristig resultierenden Wettbewerbsvorteilen in den einzelnen Bereichen der Wirtschaft?
2. Wie lassen sich bayerische Anstrengungen in den Green Deal der EU sinnvoll einbetten, damit der bayerischen Wirtschaft keine unzumutbaren Wettbewerbsnachteile im Verhältnis zur Wirtschaft in den anderen EU-Staaten entstehen?
3. Wie sind die Auswirkungen einer massiven Transformation der bayerischen Wirtschaft in Bezug auf die Exportfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit im globalen Wettbewerb?